

Helmut Kohl zur wirtschaftlichen Lage:

Wir müssen den Industriestandort Bundesrepublik Deutschland sichern und stärken

Mit dem Thema „Industriestandort“ Bundesrepublik Deutschland und mit den Chancen der deutschen Wirtschaft im Hinblick auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes 1992 beschäftigte sich Bundeskanzler Helmut Kohl sowohl auf einer Veranstaltung des Deutschen Industrie- und Handelstages in Bonn wie auch auf dem Bundeskongreß des Mittelstandes der CDU/CSU in Karlsruhe und vor den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft. Dabei führte der Bundeskanzler u. a. aus:

In der Tat hat die Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 hohe Priorität. Ich sehe in diesem Vorhaben für uns die größte Herausforderung seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

Dafür gibt es handfeste Gründe:

- Durch den Ausbau und die Vollendung des großen Marktes mit 320 Millionen Einwohnern erhält die Gemeinschaft die einzigartige Chance, neue, zusätzliche Wachstumsimpulse auszulösen.
- Der einheitliche europäische Markt verbessert nachhaltig die Wettbewerbsposition Europas gegenüber den konkurrierenden Wirtschaftszentren USA und Japan.
- Der Binnenmarkt gibt den Unternehmen mehr Rechtssicherheit und Kalkulierbarkeit der ökonomischen Rahmenbedingungen und erleichtert ihnen langfristige Dispositionen.

HEUTE AKTUELL

- **Gesundheitsreform**
Alfred Dregger: Unser Gesundheitswesen muß leistungsfähig bleiben. Seite 5
Norbert Blüm: Gegen die Macht der Interessenverbände. Seite 7
- **Umweltschutz**
Klaus Töpfer: Das Europäische Umweltjahr war erfolgreich. Seite 11
- **Mittelstand**
Auf dem Bundeskongreß der Mittelstandsvereingung in Karlsruhe wurden wichtige Thesen verabschiedet. Seite 15
- **Trauer**
Helmut Kohl zum Tode von Kurt Georg Kiesinger. Seite 19
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Ein Überblick über das Gesamtangebot der Werbemittel.
Rosa Teil
- **Dokumentation**
Die Zukunft unserer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sichern / Zur Notwendigkeit einer Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens.
Grüner Teil

— Er eröffnet auch und gerade der mittelständischen Wirtschaft erhebliche Entfaltungsmöglichkeiten. Denn mit der Harmonisierung der Marktbedingungen und der Beseitigung von Grenzbarrieren entfallen Hemmnisse und Zusatzkosten, die gerade von kleinen und mittleren Unternehmen nur schwer überwunden und ausgeglichen werden können.

— Die Vollendung des Binnenmarktes läßt die europäischen Volkswirtschaften noch ein gutes Stück mehr zusammenwachsen und bildet ein stabiles Fundament der europäischen Einigung.

— Sie können nicht zuletzt eine marktwirtschaftliche Renaissance in Europa bewirken — eine Chance, die wir nicht ungenutzt lassen dürfen.

Mit Blick auf den Standort Bundesrepublik Deutschland wird zu Recht von der Unternehmensbesteuerung gesprochen. Nun, wir haben für die Jahre von 1986 bis 1990 die bisher größte Steuersenkung in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht. Daß diese Steuersenkung nicht zuletzt im mittelständischen Bereich in einem ganz erheblichen Umfang auch der gewerblichen Wirtschaft zugute kommt, steht außer Zweifel — **und dies könnte gelegentlich von den unmittelbar Betroffenen auch etwas lauter und deutlicher gesagt werden.**

Wahr ist auch, daß diese Steuerreform der eine Teil ist. Ich habe immer betont, daß in der nächsten Legislaturperiode nach 1990 ein zweiter Teil folgen muß, und zwar zum Thema Unternehmensbesteuerung.

In diesem Zusammenhang steht natürlich auch das Thema Gewerbesteuer. Dabei ist festzuhalten: Wer ja sagt zur Beseitigung der Gewerbesteuer, muß auch ja sagen dazu, daß wir eine akzeptable und vernünftige Lösung für die kommunale Seite finden. Es kann nicht das Interesse der Wirtschaft und schon gar nicht das

Interesse einer klugen Politik sein, daß wir die Gemeindefinanzen in eine Abhängigkeit von der jeweiligen Landes- oder Bundesregierung bringen.

Es liegt vielmehr im Interesse unseres Gemeinwesens insgesamt, daß die Gemeinden über eigenständige Finanzen verfügen. Gemeinsam muß hier eine vernünftige Lösung gefunden werden.

Wenn wir über den Standort Bundesrepublik Deutschland reden, müssen wir auch über die objektiven Daten und Größen reden, die wir nur teilweise beeinflussen können. Dabei ist vor allem die sehr problematische **demographische Entwicklung** der letzten Jahre und Jahrzehnte zu nennen.

Hier halten wir seit nunmehr einer ganzen Reihe von Jahren den traurigen Rekord, das Land mit der niedrigsten Geburtenrate zu sein. Ob es uns gefällt oder nicht — und dies hat nichts mit Sozialromantik und schon gar nichts mit Populismus zu tun: Wir werden diesen Tatsachen Rechnung tragen müssen, denn sie werden einen tiefgreifenden Einfluß auf praktisch alle Bereiche unserer Gesellschaft haben.

In diesem Zusammenhang ist es von großer Wichtigkeit, daß die Familien in unserem Land wieder ganz vorn in der politischen Aufmerksamkeit stehen. Dabei geht es nicht darum, einen unsinnigen Streit darüber zu entfachen, wofür in Zukunft Geld ausgegeben wird — Geld, das noch gar nicht zu unserer Verfügung steht. Angesichts der eben geschilderten Umstände müssen wir überlegen, wie wir das verfügbare Geld möglichst sinnvoll ausgeben. Wir müssen Prioritäten setzen, und hier plädiere ich dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland im weitesten Sinne des Wortes wieder ein **kinderfreundliches Land** wird. Dabei ist klar, daß dies in vielen Bereichen unserer Gesellschaft Konsequenzen haben muß

— beispielsweise bei den Tarifpartnern, wenn es darum geht, für Frauen, die Familie und Berufstätigkeit miteinander verbinden müssen, vernünftige und zumutbare Lösungen zu finden.

Ein anderes Beispiel: Wir diskutieren in diesen Wochen über die **Rentenformel** der nächsten Jahrzehnte, denn die Rentenformel des Jahres 1957 stimmt nicht mehr, weil der 3-Generationen-Vertrag in seiner klassischen Form nicht mehr trägt. Heute gilt noch die Rentenformel von damals, und der heutige Rentner kann unbesorgt in die Zukunft schauen. Aber im Blick auf die Jüngeren müssen wir eine veränderte, längerfristige, tragfähige Lösung finden.

Auch die Explosion bei den **Gesundheitskosten** ist ein Beispiel, daß angesichts der zu erwartenden Überalterung unseres Landes etwas geschehen muß. Keine Lösung sind allerdings diffamierende Inserate in deutschen Tageszeitungen. Gefordert sind vielmehr Überlegungen, die nicht zuletzt auch der demographischen Entwicklung Rechnung tragen.

Noch einmal: Niemand sollte sich darüber täuschen, daß die Konsequenzen der demographischen Entwicklung einschneidend sein werden, und zwar nicht nur im Gesundheitswesen und in der Rentenversicherung, sondern quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche, vom Bildungswesen über den Wohnungsmarkt bis hin zur Personalstärke der Bundeswehr.

Hinzu kommen weitere Faktoren, die über die Qualität des Standortes Bundesrepublik Deutschland ebenfalls mit entscheiden: Mit Ausnahme der Schweiz verzeichnen wir **hierzulande die höchsten Arbeitskosten unter den westlichen Industrieländern — und dies bei gleichzeitig kürzester Arbeitszeit und längstem Urlaub**. Der Objektivität halber muß man allerdings hinzufügen — und auch das

gehört zum Industriestandort Bundesrepublik Deutschland: bei höchster Produktivität.

Man kann diese wirtschaftlichen Eckdaten auch so ausdrücken: Sind wir wirklich gut beraten, Freizeit höher zu bewerten als Zukunft? Ich plädiere nachdrücklich dafür, daß die Sicherung der Zukunft wichtiger ist als Freizeit — eine Feststellung, der natürlich auch die Politik Rechnung tragen muß.

Richtig ist allerdings auch, daß die Bundesregierung die anstehenden Aufgaben nicht allein lösen kann. Dies gilt auch und gerade für den Strukturwandel. Fortschritte können hier nur erreicht werden, wenn alle Beteiligten zusammenarbeiten — also etwa im Blick auf die Region an Rhein und Ruhr: Unternehmen, der Bund, das Land Nordrhein-Westfalen und die betroffenen Gemeinden.

Gefordert sind natürlich auch die Tarifpartner. Ihr Beitrag zur Lösung der Strukturprobleme kann doch nicht darin bestehen, daß Tarifabschlüsse aus gut verdienenden Wirtschaftszweigen praktisch völlig unverändert auf Krisengebiete übertragen werden. Ich halte dies nicht für eine vernünftige Lösung. Dies gilt auch hinsichtlich des Tarifabschlusses in der Stahlindustrie:

Es genügt eben nicht, das Wort Solidarität täglich im Munde zu führen und dann dort das Gegenteil zu tun, wo man selbst Verantwortung trägt. Solidarität ist keine Einbahnstraße, an deren Ende die Selbstbedienung aus der Staatskasse steht.

Ich sage deshalb mit allem Nachdruck: Der Strukturwandel kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten ihren Beitrag dazu leisten. In diesem Sinne war die Ruhrgebietskonferenz ein ermutigender Schritt in die richtige Richtung.

Ich werde oft von ausländischen Besuchern gefragt: Wo liegen eigentlich für

CDU-Spitzenpolitiker in Schleswig-Holstein: Kampf um jede Stimme

Mit einem großen Aufgebot von Spitzenpolitikern der CDU ist am Donnerstag, dem 10. März, der Wahlkampf für die bevorstehende Landtagswahl in Schleswig-Holstein eröffnet worden.

Einen besonders freundlichen Empfang bereiteten die Flensburger Bürger dem CDU-Bundevorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, im Deutschen Haus in Flensburg. Begleitet von dem Lied „Ein Freund, ein guter Freund“ und freundlichem Beifall der etwa 1 000 Zuschauer betrat Helmut Kohl den großen Saal des „Deutschen Hauses“. Der CDU-Bundevorsitzende bezeichnete in seiner Rede Heiko Hoffmann als einen „Mann, bei

dem jeder spürt, daß er Vertrauen verdient“.

Ihre Solidarität mit der schleswig-holsteinischen CDU bekundeten neben Bundeskanzler Kohl, Bundesministerin Rita Süßmuth, der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel, der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen.

Für Helmut Kohl und die übrigen Spitzenpolitiker war es eine gelungene Demonstration, die bewiesen hat, daß die CDU zu ihren Freunden in Schleswig-Holstein steht und um jede Stimme kämpfen wird.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

euch Deutsche die großen Probleme und Schwierigkeiten? Ihr lebt doch in einem Land, das sicher seine Sorgen hat — ich brauche nur auf das Thema Arbeitslosigkeit zu verweisen —, das aber seinen Bürgern ein Maß an Freiheit bietet, wie dies die Deutschen in ihrer Geschichte zuvor nie erfahren haben; die Deutschen verfügen gleichzeitig über ein Maß an Wohlstand, wie es dies in der deutschen Geschichte bisher noch nicht gegeben hat. Und dennoch ist die Stimmung in der Bundesrepublik Deutschland eigentlich nicht so, wie sie angesichts dieser Feststellungen sein müßte.

Freiheit, Wohlstand, Zukunftsfähigkeit — all das werden wir nur sichern und erhalten können, wenn wir fähig sind — und das gilt nicht zuletzt für Unternehmungen und

Unternehmer —, dem von vielen propagierten Kulturpessimismus zu widerstehen.

Ich finde es angemessen, daß wir heute und bei anderen Gelegenheiten über unsere Sorgen reden; aber es ist auch an der Zeit, daß wir über Leistungen und Erfolge reden, daß wir den Weg deutlich machen, den wir gehen wollen, daß wir über Verantwortung sprechen und daß wir dazu fähig sind, in einer selbstverständlichen Art und Weise so etwas wie Patriotismus zu leben — also das, was die jungen Leute heute Engagement nennen. Welches Wort wir dafür wählen, ist nicht von Bedeutung. Entscheidend ist, daß wir diese Haltung und Einstellung tatsächlich praktizieren und sie der Generation, die nach uns kommt, vorleben.

Dann sehe ich gute Chancen, daß wir die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam erfolgreich lösen können.

Alfred Dregger:

Unser Gesundheitswesen muß leistungsfähig bleiben

Bundesregierung und Koalition haben begonnen, die zu Beginn der Legislaturperiode zwischen den Koalitionspartnern verabredete Reform im Gesundheitswesen zu verwirklichen. Nachdem das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung vor einigen Wochen einen Referentenentwurf veröffentlicht hat, hat die Spitze der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Anfang März ein erstes politisches Gespräch mit Minister Norbert Blüm geführt; ein weiteres Gespräch wurde für den Monat April in Aussicht genommen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist sich mit Norbert Blüm darin einig, daß eine Reform des Gesundheitswesens nicht nur notwendig, sondern unausweichlich und unaufschiebbar ist. Das zeigen folgende Zahlen: Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung stiegen von 9 Milliarden DM im Jahr 1960 auf 25 Milliarden DM in 1970, 90 Milliarden DM in 1980, bis auf 125 Milliarden DM im vergangenen Jahr 1987. Das bedeutet: Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen sind seit 1960 dreimal so schnell gestiegen wie die Löhne und Gehälter. Wer diese Zahlen unvoreingenommen betrachtet, wird uns zustimmen, daß es so nicht weitergehen kann. Würden sich die Kosten unseres Gesundheitswesens weiterhin mit dieser enormen Geschwindigkeit vervielfachen, würde das System der öffentlichen Gesundheitsvorsorge schon in wenigen Jahren zusammenbrechen. Ziel der Reform ist es deshalb, unser

Gesundheitswesen — eines der besten in der Welt — intakt und leistungsfähig zu erhalten. Wir wollen insgesamt 14,5 Milliarden DM sparen. Die Hälfte davon soll verwandt werden, um die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung um einen Prozentpunkt zu senken. Die andere Hälfte soll für neue Aufgaben verwendet werden: Für die Unterstützung der häuslichen Pflege behinderter und gebrechlicher Menschen, den Ausbau der Gesundheitsvorsorge und die intensivere Bekämpfung der großen Volkskrankheiten unserer Zeit — Krebs, Herz- und Kreislauferkrankungen, Rheuma, Allergien, psychische Krankheiten, Aids.

Jeder wird auch in Zukunft die notwendigen medizinischen Leistungen erhalten. Wir werden dort Abstriche machen, wo der einzelne die Leistungen der Versicherungsgemeinschaft nicht zwingend in Anspruch nehmen muß. Einige Interessenverbände aus dem Bereich des Gesundheitswesens haben in den zurückliegenden Wochen den Eindruck zu erwecken versucht, es sei beabsichtigt, notwendige Leistungen einzuschränken oder gar ganz zu streichen. Dabei wurden vielfach wahrheitswidrige, abstruse Behauptungen aufgestellt, die darauf gerichtet sind, die kreatürliche Furcht vor Krankheit und Tod für Verbandsinteressen nutzbar zu machen. Ich möchte einige Punkte herausgreifen, die Gegenstand besonders heftiger, meist unseriöser Kritik waren.

1. Jeder bekommt auch in Zukunft die vom Arzt verordneten Medikamente. Da aber die Hersteller gleichwertige Medika-

mente mit unterschiedlichen Bezeichnungen und zu sehr unterschiedlichen Preisen anbieten — die Preisdifferenz zwischen dem billigsten und dem teuersten Produkt geht bis zu 300 Prozent —, wollen wir einen Festbetrag einführen. Das bedeutet: Die Krankenkasse bezahlt die jeweils preiswerteste — nicht die billigste — Ausführung des vom Arzt verordneten Medikaments. Wer ein gleichwertiges, aber teureres Medikament haben möchte, muß den Differenzbetrag zuzahlen.

Wer behauptet, dadurch könnten sich nur noch die Besserverdienenden eine medizinisch ausreichende Versorgung mit Medikamenten leisten, sagt bewußt die Unwahrheit. Die Maßnahme dient allein dem Zweck, das marktwirtschaftliche Prinzip des Wettbewerbs am Arzneimittelmarkt einzuführen. Daß dies erforderlich ist, zeigt ein Blick ins europäische Ausland: **Die deutschen Arzneimittelpreise liegen um 60 Prozent über dem Durchschnitt der Arzneimittelpreise in der Europäischen Gemeinschaft, um 109 Prozent über denen in Frankreich und um 110 Prozent über denen in Großbritannien.**

Das gleiche gilt für Heil- und Hilfsmittel: Auch hier werden die Krankenkassen selbstverständlich das medizinisch Notwendige bezahlen. Ausgenommen davon sollen Bagatellmittel — wie Augenklappen und Fingerschienen — sein, deren Kaufpreis so gering ist, daß dafür die Solidargemeinschaft der Versicherten nicht in Anspruch genommen werden muß.

2. Taxifahrten zum Arzt sollen bei ambulanter Behandlung nur noch übernommen werden, wenn sie medizinisch notwendig sind oder ein Härtefall vorliegt. Für solche Fahrten haben die Krankenkassen 1986 insgesamt 521 Millionen DM aufgewendet; 1982 waren es erst 348 Millionen DM. Notfall-Fahrten werden

selbstverständlich auch in Zukunft erstattet.

3. Das bisher von den Krankenkassen gezahlte Sterbegeld soll als gesetzliche Leistung auslaufen. Für die Jahrgänge 1928 und älter wollen wir eine Übergangsregelung schaffen; sie sollen weiterhin das Sterbegeld in der heutigen gesetzlichen Regelleistung erhalten.

Das Sterbegeld ist in einer Zeit allgemeinen Wohlstands keine Leistung, die von gesetzlichen Krankenversicherungen zu erbringen ist. Dafür gibt es preisgünstige Sterbegeld-Versicherungen, durch die jedermann mit geringem Kostenaufwand Eigenvorsorge betreiben kann. Die Versicherungsträger haben zugesagt, daß jedermann bis zum 59. Lebensjahr eine Sterbegeld-Versicherung abschließen kann, ohne sich einer — sonst üblichen — medizinischen Untersuchung unterziehen zu müssen.

Die Reform des Gesundheitswesens wird niemandem unzumutbare Härten auferlegen. Das lautstarke Feldgeschrei, das Interessenverbände erheben, kann uns Politiker nicht von der Verpflichtung entbinden, das zu tun, was im Allgemeininteresse notwendig ist. Unser Gesundheitswesen muß — mit bezahlbaren Preisen und Krankenversicherungsbeiträgen — leistungsfähig bleiben.

Der Druckfehlerteufel

In der Ausgabe des Uid 8/88 ist uns ein bedauerlicher, weil sinnenstellter Schreibfehler unterlaufen. In dem Artikel von Rudolf Seiters „Die Führungsprobleme der SPD“ muß es am Ende richtig heißen: Wer den Strukturproblemen unseres Landes ebenso ausweicht wie den Streitfragen in der eigenen Partei, ist auf lange Sicht regierungsunfähig.

Norbert Blüm:

Gegen die Macht der Interessenverbände

Der Hexentanz um die Gesundheitsreform ist entbrannt.

Hauptsache: dagegen.

Die einen rufen: zu wenig! „Reförmchen“, beliebte der Präsident der Arbeitgeber offenbar vom hohen Roß herab das Vorhaben zu bezeichnen. Zu viel, zu viel! schreien andere.

Die einen kritisieren: Nur die Versicherten werden zur Kasse gebeten. „Die Arbeitnehmer müssen die Zeche zahlen“, behauptet der DGB. Anders Ärzte, Zahnärzte, Pharmaindustrie, Taxiunternehmer, Optiker. Sie sehen hauptsächlich sich, manche sogar sich allein betroffen. Wie auch immer. Alles kann nicht gleichzeitig stimmen. Macht nichts.

Hauptsache: dagegen.

Das Krankenhaus sei ausgeklammert, deshalb sei die Reform schlecht — behaupten die Ärzte; ihre Standeskollegen im Krankenhaus dagegen sehen „erheblichen Flurschaden“ und kündigen den Verlust von 20 000 Arbeitsplätzen im Krankenhaus an.

Beide behaupten zwar jeweils das Gegenteil von dem des anderen. Macht nichts. Sie unterschreiben zusammen den Protest gegen Blüm.

Hauptsache: dagegen.

Die Krankenkassen vermuten, der Spareffekt der Reform sei überschätzt. Die Pharmaindustrie erwartet größere Einbußen.

Beide unterstellen dem Arbeitsministerium unseriöse Rechnungen. Unterschätzt oder überschätzt. Macht nichts.

Hauptsache: dagegen.

Blinde Eifer schadet nur, weiß der Volksmund zu berichten, und Pharmavertreter

bestätigen ihn. In einem wutschäumenden Angriff heißt es: „Die Rechnung des Bundesarbeitsministers stimmt vorn und hinten nicht. Es sei denn, bei seiner Methode ist $1 \times 1 = 3$ und nicht 2, wie bei jedem, der in der Schule einmal rechnen gelernt hat.“

In meiner Dorfschule war $1 \times 1 = 1$. Fanatismus ist eine Denkstörung. Macht nichts.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks stöhnt unter der Last der Lohnnebenkosten. „Herunter mit den Beiträgen“, fordert er zu recht.

Gleichzeitig und ohne rot zu werden wendet er sich gegen „die vorgesehenen Maßnahmen in den Bereichen Augenoptik, der Hörgeräte-Akustik, beim Zahnersatz sowie bei der Orthopädie und Orthopädie-Schuh-technik“. Merke: Es sind damit exakt die Interessenbereiche der eigenen Mitglie-derverbände beschrieben, die geschont werden sollen.

Heiliger Florian, schütze unser Haus. Steck das des Nachbarn an.

Es war in einer Wahlversammlung in Baden-Württemberg. „Wo ist die Wende?“ rief einer unter brausendem Beifall in den Saal. „Viel tiefer einschneiden!“ schrie er. Man sah fast das Messer zwischen seinen Zähnen blitzen. Er konnte sich der Zustimmung gewiß sein. Und dann im zweiten Teil seines glanzvollen Diskussionsbeitrages riet er „dem Blüm“, nun endlich die Ärzte und Zahnärzte in Ruhe zu lassen.

Jawohl, „alles Sozialismus“. Zu hohe Lohnnebenkosten: Sozialismus.

Sparen bei Ärzten und Zahnärzten: Auch Sozialismus. Bravo!

Heiliger Florian ...

Ja, der Teufel ist los.

Taxifahrer indoktrinieren Fahrgäste gegen die Reform. Ärzte funktionieren ihre Wartezimmer zu Litfaßsäulen um und plakativ gegen die Reform. Apotheker verteilen Flugblätter: „Wer jetzt krank wird, kann sich gleich erschießen.“

Die deutschen Arzneimittelhersteller verkünden in millionenschweren Anzeigen: „Keine neuen Medikamente gegen Krebs und AIDS aus Deutschland.“

Ein Verband versetzt seine Mitglieder in Schrecken mit der Ankündigung: „Englische Verhältnisse, nämlich wer unter 12 oder über 55 Jahre ist, muß sterben.“

Alles ist erlaubt! Ist alles erlaubt?

Und wenn gar nichts mehr hilft und kein Vorwurf grob und keine Gemeinheit groß genug ist, dann helfen bekanntlich nur noch Vergleiche mit den Nazis. „Ermächtigungsgesetz“ nannte der Vorsitzende des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte den Gesetzentwurf. Und ein anderer Verband sprach von „Blüms schleichendem Euthanasieprogramm“.

Alles ist erlaubt! Ist alles erlaubt?

Mit der Angst um den Tod Politik treiben. Das Wartezimmer, in dem Menschen auf Hilfe warten, zur Arena der Auseinandersetzung machen. Gegner mit Naziverbrechern vergleichen: Ja, die Sitten verfallen. Aber auch der Sozialstaat bedarf des Ethos, nämlich jener ungeschriebenen Regeln und nicht paraphierten Einstellungen, die uns das Mit- und Gegeneinander erleichtern. „Das tun man nicht“, beschrieb meine Mutter diese Grenze. Sie wußte es nicht aus Büchern. Sie war eine einfache Frau. Aber sie wußte, was offenbar Verbandsfunktionäre nicht mehr wissen.

Ich bin sicher, Tausende von Ärzten, die übergroße Mehrheit, dienen wie immer auch weiterhin mit Leib und Seele den Kranken. Aber ebenso sicher bin ich, daß im Funktionsstamm ihrer Verbände sich

längst Durst nach Herrschaft ausgebreitet hat.

Das Heer jener Verbandsfunktionäre wächst, die jene Bedürfnisse erst schaffen, deren Nichterfüllung ihnen zu ihrer klageerfüllenden Existenzsicherung verhilft. Klagen und protestieren ist eine schicke, lukrative gesellschaftliche Unterhaltung geworden.

Die Verbände übernehmen die Herrschaft. Und der Staat wird zum Notar, der lediglich das Ergebnis der Kungelei beglaubigt. Das Gemeinwohl geht ins Exil.

Während wir, noch in den Denkgewohnheiten des vorigen Jahrhunderts eingeebnet, auf die Macht des Kapitals fixiert sind, hat sich längst hinter dem Rücken des Verfassungsrechts die neue Macht von Verbänden etabliert. Der Staat gerät in Gefahr, zum Lehen von Verbandsgnaden zu werden. Die Parteien stehen in der Versuchung, zur Fortsetzung der Verbände mit anderen Mitteln zu degenerieren.

So wie einst das Eigentum unter Sozialpflichtigkeit gezwungen wurde, so müssen die Verbände heute unter den Anspruch des Gemeinwohls gebracht werden.

Wir brauchen eine Umkehr der Beweislast. Nicht der Staat soll erklären, daß er die Interessenten befriedigt, sondern die Interessenverbände müssen beweisen, daß sich ihre Forderungen ins Gemeinwohl einfügen.

Pluralismus ist nicht der Naturschutzpark des Gruppenegoismus.

Die Krankenversicherungsreform ist nicht durch eine große Alternative gefährdet, sondern durch die Summe der kleinen Einsprüche. Aus den vielen kleinen Vetos entsteht die Fessel der Unbeweglichkeit.

Der Staat ist mehr als die Aneinanderreihung von Verbänden. Und das Gemeinwohl ist mehr als der Katalog der Forderungen.

Umstellungen von bisher unbekanntem

Ausmaß stehen uns ins Haus. Der Gefälligkeitsstaat schafft sie nicht.

Weder die Klassen-Parteien des 19. Jahrhunderts noch die Klientel-Parteien werden den Herausforderungen gewachsen sein. Sie verwechseln beide ihre Scheuklappen mit Sehhilfen.

Parteien, Parlament und Regierungen bedürfen einer neuen Kraftanstrengung zu einer Souveränität, die uns vor einer meinungsbefragten Liebedienerei vor den Königsthronen der medienstarken Verbände bewahrt. Das gilt für alle Parteien.

Es ist nicht gut, wenn die FDP in Zahnärztezeitschriften annouciert: „Unsere Gegner beschimpfen uns als Zahnärzterpartei — wir haben nichts dagegen“ — und in der Anzeige gleich das Spendenkonto mit angibt.

Die Krankenversicherungsreform wird nicht meistbietend versteigert.

Warum spricht kein Verband davon, daß wir den Schwer- und Schwerstpflegebedürftigen Gutes tun wollen? Weil sie still sind.

Aber schlimm wäre es um uns bestellt, wenn Politiker nur auf Lautstärke reagieren. Der wahre Kern der neuen sozialen Frage ist die Sorge um die still Leidenden und Benachteiligten. Ihre politische Sprachlosigkeit ist bereits die Quelle ihrer Zurücksetzung. Die neuen Maschen des sozialen Netzes bestehen in den Lücken des Kommunikationsnetzes. Wer da durchfällt, ist von Vergessenheit bedroht. Deshalb handeln wir auch für jene, die sich nicht auf dem Marktplatz zu Wort melden und Rabatz machen können.

Recht hat nicht der, der am lautesten schreit.

Wir wollen uns nicht durch das Spektakel der Besitzstandsverteidigung beeindrucken lassen.

Die Krankenversicherung ist durch Lobbyismus vermint. Während Renten- (1957), Arbeitslosen- (1969) und Unfallversiche-

rung (1963) schon eine Reform hinter sich haben, blieben alle Versuche, in der Krankenversicherung zu reformieren, stecken.

Diesmal muß es gelingen! Es ist der Rettungsversuch in letzter Minute.

Wer Argumente hat, wird gehört. Wir wissen nicht alles besser. Aber politischer Erpressung beugen wir uns nicht! Stillstand ist Tod. Deshalb: Und die Reform bewegt sich doch!

Wenn die Reform diesmal scheitert, ist die Krankenversicherung ruiniert. Es gibt kein Entrinnen. Der Zug fährt auf den Abgrund zu, wenn wir nicht neue Weichen finden. Seit 1960 sind die Ausgaben der Kassen dreimal so schnell gestiegen wie die Löhne, aus denen sie finanziert werden. Die Krankenversicherung frißt die Beitragszahler auf.

Kluge Leute haben errechnet, daß bei Fortsetzung dieser Expansion der Ausgaben die Krankenversicherung im Jahre 2098 das gesamte Bruttosozialprodukt in Anspruch genommen hätte.

Wir wollen 14 Milliarden Mark sparen. Dieser Betrag entspricht ungefähr den Einnahmen aus der Beitragssatzsteigerung seit 1984. Wer jetzt nicht stoppt, wird in drei Jahren nicht 14 Milliarden Mark, sondern 30 Milliarden Mark sparen müssen. Aber schon 14 Milliarden Mark sind eine Herkules-Aufgabe. Wo ist der Kraftmeier, der sich zutraut, in drei Jahren 30 Milliarden Mark zu sparen?

Die Reform der Krankenversicherung ist nicht allein Sozialreform. Es sollen nicht allein die Versicherten entlastet werden, sondern auch die Unternehmen von arbeitsplatzverhindernden hohen Lohnnebenkosten. Die Reform ist deshalb nicht allein die Sache des Sozialministers, sondern der ganzen Regierung. Es sind nicht meine privaten Lohnnebenkosten, sondern die des „Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland“. Ich suche die mutigen

Unternehmer, die sich mit mir an die Lobbyistenfront werfen.

Hinter den Finanzproblemen der Krankenversicherung verbergen sich allerdings mehr als Verteilungsfragen. In welchem Staat wollen wir leben? Der Sozialstaat wächst uns über den Kopf. Er übernimmt sich und beansprucht Hilfe in allen Lebenslagen. Und während er unsere Zustimmung durch das Versprechen von Wohltaten zu erschmeicheln versucht, untergräbt er unsere Selbständigkeit. Wenn für alles andere zuständig sind, verliert das Selbst den Boden unter den Füßen. Eine sich ständig ausbreitende Krankenversicherung, die für fast alles die Fremdlösung anbietet, könnte die neue Trainingsstätte einer außergeleiteten und fremdgesteuerten Gesellschaft werden.

Die therapeutische Gesellschaft errichtet das neue Gehäuse der Hörigkeit. Sie behandelt alles — notfalls auf Krankenschein. Medikamente werden zu einer pseudoreligiösen Tröstung. Es gibt die Pillen für fast alles. Nur eines schafft selbst die entwickelste Medizin nicht: den Tod zu

bewältigen. Den stirbt der Mensch allein. Deshalb muß der Tod verdrängt werden. Er stört die therapeutische Lebenslüge.

So vermessen es klingt: Eine Krankenversicherungsreform, welche die Eigenverantwortung stärkt, könnte einen Beitrag leisten zur Heimkehr des Menschen aus einem anonymen Medizinbetrieb.

Wir brauchen eine neue Grenzziehung zwischen Eigenverantwortung und Solidarität. Es geht nicht nur ums Geld.

Wer krank ist, dem muß geholfen werden. Daran darf nicht gerüttelt werden. Das Notwendige wird solidarisch abgesichert. Aber die Pflichtversicherung ist nicht für alle denkbaren Wünsche des Gesundheitskonsums zuständig.

Die Solidarität war die Waffe der Arbeiterschaft gegen Ausbeutung von oben. Heute muß sie geschützt werden gegen Ausnutzung von der Seite. Die Cleveren nutzen die Solidarität aus, und die Anständigen bezahlen sie. Das ist nicht die Solidarität, die wir meinen.

(Entnommen aus dem „Spiegel“ Nr. 10/88)

Wartezimmer muß tabu sein

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat in einem Gespräch den Präsidenten der Bundesärztekammer, Dr. Karsten Vilmar, aufgefordert, öffentlich ein klärendes Wort dazu zu sagen, ob das Wartezimmer, in dem kranke Menschen auf die Hilfe des Arztes warten, zum Feld politischer Auseinandersetzung gemacht werden darf.

Blüm: „Die Sachauseinandersetzung gehört zum Wesen der Demokratie. Deshalb ist es auch selbstverständlich, daß die Pläne zur Strukturreform im Gesundheitswesen in öffentlichem Streit stehen. Aber bei der Austragung dieses Streites

muß es Grenzen und Tabus geben. Das gilt besonders für den Ärztestand. Das Ethos des Arztes wird beschädigt, wenn er seine Vertrauensstellung gegenüber dem Patienten ausnutzt, um seinen politischen Standpunkt durchzusetzen.

Der Stil der Auseinandersetzung betrifft nicht nur die Inhalte der Gesundheitsreform, sondern auch elementare Fragen unserer politischen Kultur. Wir brauchen eine offene, unverschlüsselte Diskussion. Aber Angst vor Krankheit und Tod darf nicht im politischen Tageskampf instrumentalisiert werden. Deshalb muß das Wartezimmer als Ort für Protestplakate und Unterschriftenlisten tabu bleiben.“

Klaus Töpfer:

Europäisches Umweltjahr erfolgreich

Das in diesem Monat zu Ende gehende europäische Umweltjahr darf nicht als Schlußpunkt verstanden werden, sondern muß der Anfang sein für eine neue, starke Umweltkampagne in der Europäischen Gemeinschaft und weltweit. Dies betonte Bundesumweltminister Klaus Töpfer auf der deutschen Abschlußveranstaltung für das europäische Umweltjahr in Stuttgart.

Daß sich die Umweltpolitik in der Europäischen Gemeinschaft grundsätzlich bewährt hat, macht die Vielzahl der Maßnahmen deutlich, die in den letzten Jahren zum Beispiel auf den Gebieten Gewässerschutz, Luftreinhaltung, Abfallwirtschaft und im Chemikalienbereich ergriffen worden sind. Jetzt geht es darum, auch auf europäischer Ebene das Vorsorgeprinzip konsequent umzusetzen und das europäische Umweltbewußtsein so zu stärken, daß die Länder Europas auch wirklich zu einer europäischen Umweltgemeinschaft zusammenwachsen.

Bilanz europäischer Umweltpolitik

Über 100 Richtlinien und Verordnungen des EG-Ministerrates hat es in den 15 Jahren seit Bestehen der gemeinschaftlichen Umweltpolitik gegeben. Diese Richtlinien schreiben u. a. vor, welcher Höchstwert an Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden und Blei in der Luft nicht überschritten werden darf, welche Schadstoffhöchstwerte bei der Gewässernutzung als Fisch- oder Badegewässer oder für Trinkwasserzwecke einzuhalten sind. Sie erklären die Aufstellung von Programmen für eine geordnete Abfallbewirtschaftung, die Verringerung der Dünnsäureeinleitung in die See und die

Wiederverwertung oder Wiederverwendung von Getränkeverpackungen für verbindlich.

Einheitliche Anforderungen gelten auch für die Schadstoffhöchstgrenzen in Kraftfahrzeugabgasen, die Lärmentfaltung von Flugzeugen, Autos, Motorrädern, Baumaschinen und Rasenmähern sowie für die Verwendung und den Umgang mit gefährlichen Stoffen.

Auch im Artenschutz ist die Gemeinschaft tätig geworden, so etwa mit der Richtlinie zum Schutz wildlebender Vogelarten, der Verordnung zum Schutz gefährdeter Tierarten und dem Verbot des Handels mit Jungrobberfellen. Alles in allem: eine beachtliche Bilanz.

Vorsorgeprinzip wirksam umsetzen

Jetzt gilt es, das Vorsorgeprinzip auch auf der Ebene der Gemeinschaft wirkungsvoll in die umweltpolitische Praxis umzusetzen.

Im Widerstreit ökonomischer und ökologischer Interessen bedeutet die Anwendung des Vorsorgegrundsatzes eine Entscheidung „im Zweifel für die Umwelt“. Dies ist das Prinzip auf dem die Umweltpolitik der CDU-geführten Bundesregierung basiert.

Umweltpolitik am Grundsatz der Vorsorge zu orientieren bedeutet aber auch, Maßnahmen zum Schutze der Umwelt nicht erst dann zu ergreifen, wenn Umweltschäden offensichtlich geworden sind. Unter Anwendung des „Standes der Technik“ muß vielmehr dafür gesorgt werden, daß umweltschädliche Emissionen nach Möglichkeit ganz ausgeschlossen oder auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Bei der Durchsetzung einer strikt „am Stand der Technik“ orientierten vorsorgenden Umweltpolitik bestehen derzeit im Ministerrat noch erhebliche Widerstände. Dennoch läßt sich die Gemeinschaft nicht generell als Bremser deutscher Umweltpolitik bezeichnen.

Gemeinschaftliche Regelungen legen grundsätzlich nur Mindestanforderungen fest. Den Mitgliedstaaten wird freigestellt, schärfere Bestimmungen zu erlassen. Die Bundesrepublik Deutschland hat beispielsweise hinsichtlich der Festlegung von Grenzwerten für die Ableitung gefährlicher Stoffe in Gewässer von dieser Möglichkeit sehr weitgehend Gebrauch gemacht.

Etwas anderes gilt bei der Festlegung von Umwelтанforderungen an Produkte. Hier geht die Praxis der EG bisher von einem Primat des freien Warenverkehrs aus: Der nationalen Festlegung von Produktanforderungen sind im Interesse eines freien Warenverkehrs innerhalb der EG enge Grenzen gesetzt.

Harmonisierung von Umweltstandards vorantreiben

Bei der notwendigen Harmonisierung von Umweltstandards innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bedeutet die europäische Akte einen wesentlichen Schritt nach vorn. Die Politik der Bundesregierung muß in den nächsten Jahren darauf ausgerichtet sein, den mit der Akte neugeschaffenen rechtlichen und institutionellen Rahmen der Gemeinschaft voll auszuschöpfen. Das bedeutet:

- Der Vorsorgegrundsatz, der jetzt in dem neugeschaffenen Umweltkapitel des EWG-Vertrages ausdrücklich niedergelegt ist, muß konsequent angewandt werden.
- Umweltpolitische Belange müssen wesentlich stärker als bisher Berücksichtigung finden bei den regional- und struk-

turpolitischen Maßnahmen der Gemeinschaft sowie insbesondere auch bei der Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik. Die Beschlüsse des Sondergipfels vom 11. Februar 1988 bilden hierfür eine gute Ausgangsbasis. Der Meinungsaustausch der Umweltminister der Gemeinschaft anläßlich eines informellen Treffens Ende Februar in Wildbad Kreuth hat gezeigt, daß im Bereich Umwelt und Landwirtschaft wesentlich mehr Gemeinsamkeiten bestehen, als in manch anderen Bereichen der Umweltpolitik.

- Berücksichtigung von Erfordernissen des Umweltschutzes in anderen Bereichen gemeinschaftlicher Politik bedeutet auch, daß die dem Freien Warenverkehr bisher zugemessene überragende Bedeutung überprüft werden muß.

- Zu den Möglichkeiten des EWG-Vertrages, die es nunmehr auszuschöpfen gilt, zählt auch die Änderung des Beschlußverfahrens im Ministerrat. Vorgesehen ist nämlich die Möglichkeit der Mehrheitsentscheidung im Bereich der Umweltpolitik. Damit kann der bisherige Zwang zur Einstimmigkeit aufgehoben werden. Denn der Langsamste soll nicht länger das Tempo der umweltpolitischen Entwicklung in der Gemeinschaft bestimmen.

- Mit dem Übergang zur Mehrheitsentscheidung kämen auch die Bestimmungen der europäischen Akte zur Anwendung, die dem Parlament stärkere Mitwirkungsrechte einräumen. Bei der Formulierung einer neuen Politik für den Umweltschutz fällt dem Parlament eine tragende Rolle zu. Mehr als die anderen am Entscheidungsverfahren beteiligten Organe der Gemeinschaft ist das Parlament nicht an nationalen Interessen einzelner Mitgliedstaaten, sondern am europäischen Ganzen orientiert. Der ständige Umgang der Parlamentarier miteinander gewährleistet nicht nur einen optimalen

Neues Abfallgesetz soll weitere Umweltbelastungen verhindern

In den vergangenen elf Jahren sind Einweg-Getränkeverpackungen aus Kunststoff durch freiwillige Vereinbarungen mit der Getränkeindustrie weitgehend vom Markt ferngehalten worden. Gegenwärtig erlebt die Bundesrepublik Deutschland eine Flut von Importen und die beginnende Markteinführung solcher Kunststoffverpackungen durch deutsche Unternehmen in großem Umfang.

Wir unterstützen Bundesumweltminister Professor Töpfer in seiner Absicht, auf dem Verordnungswege entsprechend den neu geschaffenen Instrumenten des Abfallgesetzes ein Rücknahmesystem mit Pfandpflicht und ein Verwertungsgebot für leere Kunststoffverpackungen einzuführen, erklärt Paul Laufs, umweltpoliti-

scher Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die kritische Situation der kommunalen Müllentsorgung erlaubt es nicht, eine neue Lawine aus Kunststoffmüll zu verkraften. Bevor sich umweltpolitisch unerwünschte Strukturen am Markt ergeben, muß schnell gehandelt werden. Die Umwelt darf nicht durch diese Abfälle zusätzlich belastet werden.

Wir befürworten Zielsetzungen für freiwillige Absprachen, wo immer sie erfolgreich sein können. Das neue Abfallgesetz sieht aber ausdrücklich Rechtsverordnungen vor, wenn Zielsetzungen für die notwendige Vermeidung, Verringerung und Verwertung von Abfallmengen in angemessener Frist sonst nicht erreichbar sind. Dies ist bei den neuen Kunststoffflaschen der Fall.

(Fortsetzung von der vorigen Seite)

Informationsaustausch, sondern führt insbesondere auch zu einer stärkeren Bereitschaft, gesamteuropäische Verantwortung auch für Sachverhalte außerhalb des eigenen Landes zu übernehmen.

Internationale Volksbewegung für den Umweltschutz

Die Aufnahme der Umweltpolitik als eigenständige Aufgabe in den EWG-Vertrag gibt der Europäischen Gemeinschaft die Chance, eine echte Umweltgemeinschaft zu werden. Erhebliche weitere Anstrengungen aller Beteiligten sind dazu nötig. Hierfür ist Voraussetzung, daß umweltpolitische Erfordernisse im Bewußtsein aller europäischen Bürgerin-

nen und Bürger einen vorderen Platz einnehmen.

Das im März diesen Jahres zu Ende gehende europäische Umweltjahr darf daher nicht als Schlußpunkt verstanden werden, sondern muß Anfang sein für eine neue, starke Umweltkampagne, die in breiten Bevölkerungskreisen ihr Echo findet.

Unterschiedliche gesellschaftliche Systeme dürfen kein trennendes Element sein, wenn es um die Lebensgrundlagen künftiger Generationen geht. Daher bedarf es einer „Volksbewegung“ für den Umweltschutz, die nicht an den Grenzen der Europäischen Gemeinschaft halt macht. Sie muß eine weltweite Bewegung werden.

Zitat

Auf das Erscheinungsbild der Union und auf unseren Zusammenhalt wirken nicht nur Regierung, Fraktion und Koalition ein, sondern auch die Parteilührung in Bund und Ländern. Ich glaube nicht, daß wir alle Konflikte hinter geschlossenen Türen austragen können, wie das einige Anhänger sich wünschen; das wäre eine irrealer Welt. Aber ich meine doch sagen zu sollen, daß der Stil des Umganges untereinander nicht nur eine Äußerlichkeit ist. Zu einem Politiker gehören Leidenschaft und Selbstdisziplin. Gefühl, Wille und Verstand müssen — das wußten schon die alten Griechen — im Gleichgewicht zueinander stehen. Vermeiden wir also vermeidbare Fehler.

Je höher unsere Stellung, je größer die Außenwirkung ist, um so wichtiger ist die Selbstdisziplin. Ich glaube, wir haben uns alle verstanden.

(Alfred Dregger
in der Fraktionssitzung vom 23. 2. 1988)

Fürchtet Ostberlin unangenehme Fragen?

Mit Erstaunen und Befremden hat der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Christoph Böhr, zur Kenntnis genommen, daß eine für den Zeitraum 26. 3. bis 30. 3. 1988 vereinbarte Informationsreise des Bundesvorstandes der Jungen Union in die DDR von seiten der DDR ohne besondere Begründung abge sagt worden ist. Die Delegation sollte bei ihrem Aufenthalt in der DDR auch mit der Spitze der Freien Deutschen Jugend (FDJ) zu einem Gespräch zusammenkommen. Geplant waren Besuche in Magdeburg und Potsdam.

Christoph Böhr: „Die DDR ist ganz offenkundig zu Gesprächen derzeit nicht bereit, weil sie sich ganz unangenehmen Fragen stellen müßte.“

Neu

Wegen der großen Nachfrage

Jetzt problemlos über das IS-Versandzentrum zu bestellen.

Der Aufkleber für Ihren CDU-Schaukasten.

CDU INFORMATIONEN CDU

Der Aufkleber gibt Ihrem alten oder verwitterten Schaukasten einen neuen Glanz.

Bestell-Nr. 0061

Preis je Mindestabnahme von 5 Stück 25,— DM zuzügl. MwSt.

Thomas Kropp nominiert

Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Thomas Kropp, wurde auf dem 4. Nordrhein-Westfalen-Tag der Jungen Union NRW als Spitzenkandidat für die dritten Direktwahlen zum Europaparlament im kommenden Jahr nominiert.

Thomas Kropp ist seit neun Jahren Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union und seit dem letzten November auch deren stellvertretender Vorsitzender. Im Bundesvorstand der JU ist er seit seiner ersten Amtsperiode für die internationale Arbeit zuständig. Von 1982 bis 1984 war er Präsident der Europäischen Jungen Christdemokraten (EJCD). Seit 1984 ist er deren erster Vizepräsident. 1983 wurde er in den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP) gewählt. Thomas Kropp ist Mitglied des Bundesfachausschusses Außenpolitik der CDU und kandidierte schon 1984 auf der Liste der nordrhein-westfälischen Christdemokraten für das Europaparlament.

Mehr Mittelstand — Mehr Arbeitsplätze

Der 33. Bundeskongress der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU stand unter dem Motto „Mehr Mittelstand — Mehr Arbeitsplätze“. Circa 600 Delegierte waren am 11. und 12. März in das Kongresszentrum nach Karlsruhe gekommen, um ein umfangreiches Arbeitsprogramm zu erledigen, aber auch um Bundeskanzler Kohl und den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth zu hören. Für beide Spitzenpolitiker gab es nach ihren beeindruckenden Aussagen zur gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage großen Beifall, sogar stehende Ovationen.

Besonders als Ministerpräsident Lothar Späth mit großem Stolz darauf verwies, daß Baden-Württemberg das wohl mittelstandsfreundlichste Bundesland sei. Elmar Pieroth, Berliner Wirtschaftsminister und Bundesvorsitzender der MIT, wies vor den Delegierten darauf hin, daß zu hohe Lohnzusatzkosten, starre Arbeitsmarktregelungen und eine besonders hohe Unternehmensbesteuerung den Spielraum für den Mittelstand eingeengt hätten.

Die Erhaltung alter großindustrieller Strukturen dürfe nicht wichtiger sein als Strukturwandel durch den Mittelstand. Es sei an der Zeit, den Spielraum für mehr Selbständigkeit und Risikobereitschaft in der Wirtschaft zu vergrößern. In diesem Zusammenhang wies Pieroth darauf hin, daß die mittelständische Wirtschaft im Zeitraum 1977 bis 1985 rund 580 000 neue Arbeitsplätze geschaffen habe. Demgegenüber wurden in großen Unternehmen in der gleichen Zeitspanne 225 000 Arbeitsplätze abgebaut. Auch für

den Zeitraum von 1981 bis 1986 sei in puncto Arbeitsplätze bei kleinen Firmen eine Zunahme um 22,4 Prozent zu verzeichnen, bei großen Unternehmen hingegen ein Rückgang um 2,7 Prozent.

Der Mittelstand — so Pieroth — erwartet von der Steuerreform, daß sie die Steuerbelastungen der Wirtschaft wieder an ihre Leistungsfähigkeit anzupassen hilft. Sie darf nicht weiter Großunternehmen privilegieren, sondern muß den ersten Schritt in die Beseitigung der arbeitsplatzhemmenden Unternehmenssteuern wie die Gewerbesteuer und betriebliche Vermögenssteuer tun. Für den Wegfall der Gewerbesteuer, ein wichtiges Anliegen des Mittelstandes, bedarf es aber einer umfassenden Gemeindefinanzreform, durch die Kommunen in die Lage versetzt werden, über eigene stetig fließende Einnahmequellen zu verfügen.

Mehr Flexibilität in den Rahmenbedingungen heißt: Stopp für die Lohnzusatzkosten und Verringerung der Starrheit am Arbeitsmarkt.

Hansheinz Hauser, Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand, erklärte in Karlsruhe u. a.: „Aufgabe der Mittelstandspolitik ist, unternehmerischen Freiraum zu schaffen und zu erhalten, nicht aber soziale Besitzstände. Deshalb sage ich deutlich: Unsere Freunde aus dem Taxigewerbe waren nicht gut beraten bei ihren Aktionen gegen die Sparpläne aus dem Hause Blüm. Dies gilt übrigens für eine Reihe anderer von der Kostendämpfung ebenfalls betroffener Bereiche genauso.“

Allerdings muß sich das Arbeitsministerium auch der Kritik stellen, wo sie berechtigt ist. Die Lautstärke der Kritik

hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das eine sachliche Auseinandersetzung erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Im Interesse der notwendigen Reform möchte ich an Regierung und Verbände appellieren, wieder zu einem Umgangston zu finden, der eine sachliche Diskussion ermöglicht.

Und weil wir gerade bei Partnerschaft sind: Sie alle wissen, daß die Koalition die Einführung eines Dienstleistungsabends sowie verlängerte Ladenöffnungszeiten an einem Tag der Woche vereinbart hat. Ich will jetzt keine Grundsatzdebatte über das Ladenschlußgesetz eröffnen — meine und unsere Position hierzu ist eindeutig. Wenn die Tarifpartner übereinkommen, Ladenöffnungszeiten im Tarifvertrag verbindlich zu vereinbaren, so ist das ihr gutes Recht. Wer sich dagegen wehrt, aber sonst ständig das Hohelied der Tarifautonomie singt, ist unglaubwürdig. Unglaubwürdig werden aber auch die Tarifpartner, wenn sie eine Vereinbarung abschließen nur mit dem Ziel, die Politik in Handlungszwang zu bringen — wie in Hamburg geschehen und in Berlin geplant. Dazu ist das Instrument der Tarifautonomie zu verletzbar, zu empfindlich, als daß man es so leichtfertig mitten hinein in die politische Auseinandersetzung ziehen sollte.

1987 war für die deutsche Wirtschaft zwar ein schwieriges, aber kein schlechtes Jahr. Natürlich wachsen unsere Bäume nicht in den Himmel und man muß differenzieren nach Branchen und Regionen und — natürlich — nach den sehr verschiedenen Voraussetzungen des einzelnen Unternehmens. Nicht gelöst worden ist nach wie vor das Problem der zu hohen Lohnnebenkostenbelastung; nicht gelöst worden ist die Schwäche bei der Eigenkapitalbildung. Beides spielt eine große Rolle in unserer gesamtwirtschaftlichen Problematik. Denn der Mittelstand

ist ein wesentlicher Faktor, wenn nicht gar der ausschlaggebende im Investitionsbereich, und der Mittelstand trägt die Hauptlast bei der Lösung der Arbeitsmarktprobleme.“

In dem von den Delegierten einstimmig verabschiedeten Thesenpapier (Karlsruher Leitsätze) heißt es, öffentliche Dienstleistungen sollten so weit wie möglich privatisiert werden, das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit müsse zugunsten privatgewerblicher Agenturen aufgegeben werden und die Flexibilisierung von Arbeits- und Betriebszeiten gehöre vorangetrieben. Weiter wird verlangt, kostspielige Leistungsgesetze sozialer Art dürfe es erst wieder geben, wenn der Bund wieder genügend Finanzspielraum habe. Auch wird die Bundesregierung aufgefordert, das Beschäftigungsförderungsgesetz, das Unternehmen den Abschluß von Zeitverträgen ermöglicht, unbefristet zu verlängern. Der Bundesvorsitzende Elmar Pieroth fügte vor der Presse hinzu, die Übernahme des Pflegefallrisikos durch die Krankenkassen lehne die Mittelstandsvereinigung „derzeit“ ab.

Bundeskanzler Helmut Kohl trat unter dem Beifall der Tagungsteilnehmer dem „Gerede“ von einer krisenhaften Wirtschaftsentwicklung entgegen: „Wenn wir arbeiten und nicht jammern“, so Kohl, werde das Wachstum in diesem Jahr „eher bei zwei als bei 1,5 Prozent liegen.“ Kohl bezweifelte die Aussagekraft der Arbeitslosenstatistik: „Ich stocke schon bei dem Begriff Massenarbeitslosigkeit, weil er der Wirklichkeit nicht entspricht.“ In der Statistik seien auch zahlreiche „Aussteiger“ enthalten.

Der Kanzler, der sich auch dem Wunsch der Delegierten nach einer Diskussion stellte, quittierte am Schluß lang anhaltenden Beifall und stehende Ovationen.

Berufsbildungsbericht 1988:

Ausbildungschancen weiter verbessert

Das Bundeskabinett hat am 8. März 1988 den Berufsbildungsbericht 1988 verabschiedet. Das wichtigste Ergebnis: Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt hat sich weiter entspannt. Zum ersten Mal seit 1981 überstieg im vergangenen Jahr im Bundesgebiet das Angebot an Ausbildungsplätzen die Nachfrage um rd. 10.000. Dies ist ein bedeutsamer Beitrag zur Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen und ein weiterer Schritt zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit.

95 Prozent aller Nachfrager im Bundesdurchschnitt haben am 30. September 1987 einen Ausbildungsvertrag erhalten. Die Zahl der nicht vermittelten, bei den Arbeitsämtern gemeldeten Bewerber um einen Ausbildungsplatz lag am 30. September 1987 mit rd. 34.000 um rd. 12.000 niedriger als im Berufsberatungsjahr 1986/87. Diese Zahl wurde bis zum Jahresende nochmals um ein Drittel vermindert.

Ohne die großen Anstrengungen von Wirtschaft und öffentlichen Verwaltungen wäre der Erfolg nicht denkbar gewesen. Die Ausbildung über Bedarf ist auch in absehbarer Zeit noch erforderlich, um ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen sicherzustellen. Der Bund hat soeben ein deutliches Signal dafür gesetzt, daß Ausbildung über Bedarf weiterhin unverzichtbar ist: Bei der Deutschen Bundesbahn werden 1.300 Ausbildungsplätze mehr eingerichtet als nach dem Eigenbedarf nötig; der Bund übernimmt dafür die Kosten.

Nach vorliegenden Daten des Statistischen Bundesamtes wird angenommen, daß die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in diesem Jahr bei 640.000 liegt. In den beiden folgenden Jahren wird die Nachfrage weiter beträchtlich zurückgehen und die Marke von 600.000 unterschreiten. Sie wird dann um über 20 Prozent niedriger liegen als 1984, dem Jahr mit der höchsten Nachfrage (764.000).

Unionspolitiker für „Disco-Busse“

Wegen der hohen Zahl an tödlichen Unfällen zwischen 22.00 Uhr am Samstag und 4.00 Uhr am Sonntag, die vor allem junge Menschen betreffen, haben Verkehrspolitiker der CDU/CSU-Fraktion die ländlichen Gemeinden aufgefordert, „Disco-Busse“ einzusetzen. In dem kritischen Zeitraum verunglückten jährlich mehr als 80.000 Menschen im Alter von 18 bis 24 Jahren, davon ca. 300 tödlich. Nach Aussagen der Abgeordneten Günter Straßmeir und Dirk Fischer ereignen sich die meisten Unfälle im Anschluß an einen Disco-Besuch.

Niedersachsen erhöht Wahlkampfkosten-Pauschale

Der niedersächsische Landtag hat die Wahlkampfkosten-Pauschale von bisher 3,50 Mark pro Wahlberechtigten auf fünf Mark erhöht. Die Anhebung der seit 1979 geltenden bisherigen Pauschale wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen beschlossen. Nach den Berechnungen des Landtags verursacht die Erhöhung, die zum 21. Juni dieses Jahres wirksam wird, bis 1990 Mehrkosten von rund 8,6 Millionen Mark.

Helmut Kohl zum Tode von Kurt Georg Kiesinger:

Sein guter Rat und seine Hilfe werden uns fehlen

Der CDU-Ehrenvorsitzende und frühere Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger ist am Mittwoch, 9. 3. 1988, in Tübingen im Alter von 83 Jahren gestorben. Bundeskanzler Helmut Kohl und führende Vertreter der Bonner Parteien würdigten das politische Wirken Kiesingers, der einem Herzversagen erlag. Bundesratspräsident Bernhard Vogel wird in Ausübung der Befugnisse des Bundespräsidenten ein Staatsbegräbnis anordnen. Der Staatsakt soll am 18. März in Stuttgart stattfinden.

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärt zum Tod von Kurt Georg Kiesinger: Wir trauern um Kurt Georg Kiesinger. Die Bundesrepublik Deutschland verliert mit ihm eine ihrer prägenden Persönlichkeiten. Für mich persönlich bedeutet sein Tod den Verlust eines guten Freundes, dem ich seit vielen Jahren eng verbunden war.

Kurt Georg Kiesinger zählt zu den bedeutenden Baumeistern unserer Republik. Von Anfang an hat er die Entwicklung unseres Landes maßgeblich mitbestimmt und sich in wichtigen Staats- und Parteiämtern bleibende Verdienste erworben.

Er war im Deutschen Bundestag als Vorsitzender des Vermittlungsausschusses, später des Auswärtigen Ausschusses ein enger Weggefährte Konrad Adenauers. Leidenschaftlich kämpfte er für die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und für die europäische Einigung. Auf dieser Grundlage suchte er auch die Verständigung mit den Nachbarn im Osten, die er mit in die Wege leitete.



Die Verwurzelung im christlichen Glauben wie auch in seiner schwäbischen Heimat gab Kurt Georg Kiesinger Kraft und prägte sein politisches Leben. Acht Jahre lang stand er als Ministerpräsident an der Spitze des Landes Baden-Württemberg. Von 1967 bis 1971 war er Bundesvorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, bis zuletzt war er ihr Ehrenvorsitzender.

Am 1. Dezember 1966 wurde Kurt Georg Kiesinger zum dritten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Nicht zuletzt die Stärke seiner Persönlichkeit hielt die Große Koalition zusammen — sein unbestechlicher Blick für die gro-

Chancen und Risiken der Gentechnik

Neue technische Möglichkeiten der Manipulation des Menschen werfen die Frage nach der Grenze des dem Menschen Erlaubten auf und fordern ethisch und rechtlich fundierte Antworten. CDU und CSU haben im Schweitzer Verlag ein Fachbuch herausgegeben (Herausgeber: Heinz Seesing MdB), in dem grundsätzliche Aussagen zu den mit der Gentechnik am Menschen zusammenhängenden Fragen getroffen werden.

Grundlegende Ausführungen von Bundeskanzler Helmut Kohl und den Ministern Blüm, Riesenhuber und Süßmuth zu den

Ben Zusammenhänge, seine umfassende humanistische Bildung, seine rhetorische Brillanz und die Fähigkeit zum Ausgleich.

Es gelang Kurt Georg Kiesinger, in schwieriger Zeit Kontinuität mit notwendigem Wandel zu vereinbaren. So stärkte er die Stabilität und die Glaubwürdigkeit unserer demokratischen Ordnung.

Leidenschaft und Festigkeit in der Sache wußte er mit Fairness und mit Lebenswürdigkeit zu verbinden. So setzte er Maßstäbe für die politische Kultur unseres Landes. Sein Respekt galt immer auch dem politischen Gegner, den er nie als Feind betrachtete. Über alle Parteigrenzen hinweg hat sich Kurt Georg Kiesinger so Achtung und Anerkennung erworben. Sie galten der Politik ebenso wie der Persönlichkeit dieses Staatsmannes.

Mit Dankbarkeit erinnere ich mich an die vielen Jahre, in denen wir gemeinsam für unsere Überzeugungen eintraten, an viele Gespräche und nicht zuletzt auch an Unterstützung — gerade in schwierigen Stunden. Sein guter Rat und seine freundschaftliche Hilfe werden uns fehlen.

Chancen und Grenzen der Gentechnik, zu Ihren Auswirkungen auf das menschliche Leben, zur Genomanalyse bei Arbeitnehmern und zu den erforderlichen Sicherheitsstandards sind Teil dieses zukunftsweisenden Buches.

CDU und CSU bejahen den technischen Fortschritt. Aber der menschlichen Freiheit sind Grenzen gesetzt, wo der Mensch manipuliert wird. Die dem Menschen dienenden Chancen der neuen Zukunftstechnologien müssen genutzt und weiterentwickelt werden, denn unsere Aufgabe ist es, das Leben humaner zu gestalten. CDU und CSU unterbreiten mit vorliegendem Band Vorschläge für die in naher Zukunft zu treffenden Richtungsentscheidungen im Bereich der Gentechnologie am Menschen.

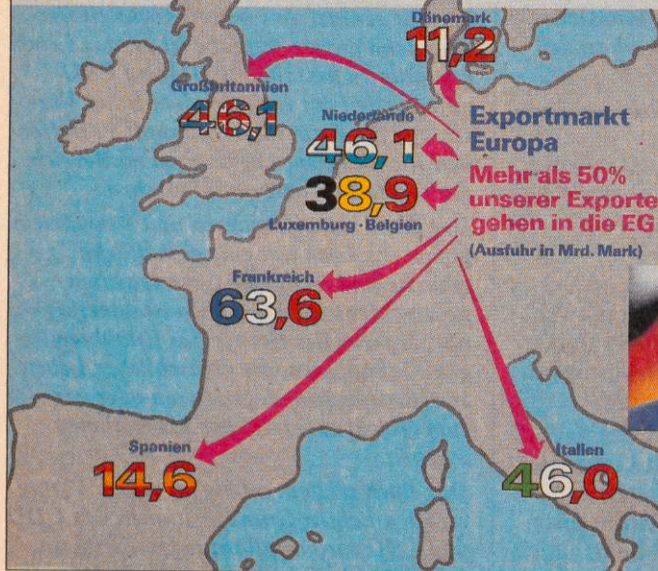
Der Band soll informieren und Bewußtsein bilden. Es kann nur eine einheitliche ethische und rechtliche Grundposition geben: Menschliches Leben ist unverfügbar. Jenseits der Grenze des Erlaubten liegen Maßnahmen, die menschliches Leben zur Handelsware degradieren oder gar zum Objekt züchterischer Maßnahmen machen.

Das Buch schließt an die im selben Verlag veröffentlichten Grundpositionen von CDU und CSU zur Fortpflanzungsmedizin an. Beide Bände haben besondere Bedeutung im Hinblick auf die Programmatik des kommenden CDU-Bundesparteitags.

Das Buch zur Gentechnik ist seit März 1988 unter dem Titel Heinz Seesing (Hrsg.): „Technologischer Fortschritt und menschliches Leben — Rechtspolitische Grundsätze von CDU und CSU zur Gentechnik am Menschen“ in der Blauen Reihe des J. Schweitzer-Verlags München/Frankfurt im Buchhandel erhältlich. Das Buch zur Fortpflanzungsmedizin ist als Band 11 derselben Reihe im Januar 1987 erschienen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Zukunft Europa



*** Europa ist unsere politische Zukunft
Die CDU will die Vereinigten Staaten von Europa. Nur ein Europa, das mit einer Stimme spricht, wird sein genaues politisches Gewicht zur Wahrung seiner eigenen Interessen in die internationale Politik einbringen können.

*** Europa ist unsere wirtschaftliche Zukunft
Nur ein Europa, das zu einer wirtschaftlichen, technologischen und Umweltgemeinschaft und zu einem einheitlichen Binnenmarkt zusammenwächst, kann auf den Weltmärkten erfolgreich sein. Mit über 220 Millionen Menschen ist dieser Binnenmarkt der größte Markt der Welt. Die Vorteile des gemeinsamen Marktes werden unübersehbar der Wirtschaft und den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zugute kommen, denn mehr als 50% unserer Exporte gehen in die Europäische Gemeinschaft. Das sichert Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Stabilität. Rund 20% aller Arbeitsplätze hängen von diesen Exporten ab.

*** Europa bewahrt Frieden und Freiheit
Nur ein starkes, einziges und im Alltäglichen Handeln vereinigtes Europa kann auf Dauer Frieden und Freiheit in Europa bewahren.

Mit diplomatischem und politischem Geschick hat Bundeskanzler Helmut Kohl alle Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft in die Pflicht genommen. Allen europäischen Interessen zum Trotz hat er den Sondergipfel in Paris zum Erfolg geführt und Europa einen großen Schritt nach vorn gebracht. Helmut Kohl und die CDU sind die treibende Kraft für eine europäische Integration.



Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle, die Ihre Angaben an die Bundesgeschäftsstelle weiterleiten wird.

UID

9/88

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn. Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis: jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.